

Windkraft: BI kritisiert Kreis-CDU

MAIN-KINZIG (red/oh). Nachdem die windkraftkritische FDP sich einer Kreis-Koalition mit SPD, Grünen und Freien Wählern verweigert hatte, stehen nun Gespräche zwischen SPD und CDU zur Bildung einer Großen Koalition an (das *GT* berichtete). Nun fordert die Bürgerinitiative (BI) „Windkraft im Spessart“ die CDU Main-Kinzig auf, ihr „Wahlversprechen“ „Keine Windkraft im Naturpark Spessart“ bei den Koalitionsverhandlungen mit der SPD einzulösen. Stellvertretender Vorsitzender der Initiative ist übriges Rolf Zimmermann, der auf einem FDP-Ticket ein Kreistagsmandat geholt hat und maßgeblich den Anti-Windkraft-Kurs der FDP unterstützt hat.

Im Kommunalwahlkampf 2016 habe die Main-Kinzig CDU in ihrem Wahlprogramm mit dem Beschluss „um Wählerstimmen gebuhlt, dass der Naturpark Spessart zur Erhaltung seiner biologischen Vielfalt, seiner Funktion als Erholungsraum und des Landschaftsbildes sowie zur Stärkung eines naturnahen Tourismus frei von Windkraftanlagen bleiben soll“, heißt es in der Pressemitteilung der BI. Nun wolle die CDU davon nichts wissen. „Wir Bürger müssen uns darauf verlassen können, dass die vor der Wahl gegebenen Versprechen unserer Politiker auch nach der Wahl noch gelten“, so BI-Vorsitzender Berthold Andres.

SPD lobt Sondierungen

Unterdessen laufen die Vorbereitungen für die Koalitionsgespräche: Im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung des Unterbezirksvorstandes und der Kreistagsfraktion der SPD Main-Kinzig haben sich beide Gremien einstimmig für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit der CDU ausgesprochen.

Nach einem Bericht über die bisherigen Gespräche, die mit allen demokratischen Parteien geführt wurden, dankte der Vorsitzende der SPD Main-Kinzig, Christoph Degen, besonders Landrat Erich Pipa für seinen „unermüdlischen Einsatz“. „Die bisherigen Sondierungsgespräche mit der CDU sind in konstruktiver Atmosphäre verlaufen, sodass wir optimistisch sind, eine gemeinsame Agenda für die nächsten fünf Jahre entwickeln zu können“, so Degen. „Wir wurden als SPD gewählt um die Schwerpunkte auskömmliche finanzielle Ausstattung der Kommunen, Erhalt und Ausbau der Sozialen Infrastruktur, vor allem der Kliniken und der Alten- und Pflegezentren, umzusetzen.“

Vor diesem Hintergrund haben die handelnden Gremien außerdem beschlossen vier Arbeitsgruppen gemeinsam mit der CDU einzurichten, die sich thematisch an den bisherigen Ausschüssen des Kreistags orientieren. Diese Arbeitsgruppen sollen nun Formulierungsvorschläge für einen Koalitionsvertrag ausarbeiten.

GT 17.5.16